

Der eskalierende Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China hat die gestern zu Ende gegangene Frühjahrstagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Washington überschattet. Zwar seien »die kurzfristigen Aussichten für die Weltwirtschaft weiterhin heiter«, hatte IWF-Generaldirektorin Christine Lagarde am Donnerstag vor der Presse erklärt – und in der Tat: Der Währungsfonds hat seine globale Wachstumsprognose für die Jahre 2018 und 2019 erst kürzlich von 3,7 Prozent auf 3,9 Prozent angehoben. Doch türmten sich »am Horizont immer mehr Wolken auf«, fuhr Lagarde skeptisch fort. Die IWF-Chefin ließ keinen Zweifel daran, was sie damit meint: zum einen ausbleibende Strukturreformen in vielen Ländern, zum anderen die weltweit massiv zunehmende Verschuldung – und drittens eben jene sich zuspitzenden handelspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Washington und Beijing.

US-Finanzminister Steven Mnuchin hat auf der Frühjahrstagung klargestellt, dass die Trump-Administration in der Handelspolitik an ihrem konfrontativen Kurs festhalten wird. Dieser richtet sich zunächst gegen das anhaltende globale Handelsungleichgewicht – also dagegen, dass vor allem die Vereinigten Staaten ein dauerhaft hohes Außenhandelsdefizit verzeichnen, während eine Reihe anderer Länder kontinuierlich Überschüsse erzielt. Zu letzteren zählen insbesondere China und Deutschland. Während die Volksrepublik allerdings eine Wende eingeleitet und ihren Handelsüberschuss von 594 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015 auf 421 Milliarden US-Dollar im Jahr 2017 verringert hat, macht die Bundesrepublik keine Anstalten, es ihr gleichzutun, und hat im vergangenen Jahr mit fast 245 Milliarden Euro ihr zweithöchstes Außenhandelsplus überhaupt erzielt. Auch mit Blick auf Deutschland klagte Mnuchin jetzt in Washington, die globalen Handelsungleichgewichte seien um ein Drittel größer als in den 1980er und den 1990er Jahren, und sie nähmen nicht ab. Auch der IWF müsse sich der Angelegenheit künftig »robuster« annehmen.

Im Streit um die angekündigten Strafzölle gegen China hat Mnuchin kurz vor dem Abschluss der Frühjahrstagung erklärt, zu einer Reise nach Beijing und zu Gesprächen über eine Lösung des Konflikts bereit zu sein. Auf eine Beilegung der Streitigkeiten hatte zuvor unter anderem IWF-Generaldirektorin Lagarde gedrängt. Allerdings folgt Washington mit seiner Bereitschaft zu Verhandlungen letztlich seinen eigenen Interessen. Denn die Gegenmaßnahmen gegen die US-Strafzölle, die die Volksrepublik angekündigt hat, dürften die Wirtschaft der Vereinigten Staaten schmerzhaft tref-

# Wolken am Horizont

Auf der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds ging es auch um den Handelskonflikt zwischen den USA und China.

Von Jörg Kronauer



Weltweit vernetzt: Die Volksrepublik China baut ihre Handelsinfrastruktur aus (China Railway Express während des Internationalen Forums zur Neuen Seidenstraße, 20. Juni 2016)

fen – nicht zuletzt übrigens Farmer, die zu Trumps Kernwählerschaft gehören. Die 25-Prozent-Zölle auf Schweinefleisch etwa, die Beijing Anfang April verhängte, treffen US-Exporte im Wert von gut 1,1 Milliarden US-Dollar; China war zuletzt drittgrößter Abnehmer von US-Schweinefleisch. Weitere Zölle könnten US-Sojaexporte verteuern, was besonders schwer wöge: Mehr als die Hälfte aller in den Vereinigten Staaten produzierten Sojabohnen wurde zuletzt nach China geliefert, wo sie mehr als zehn Milliarden US-Dollar einbrachten. Wer einen offenen Handelskrieg zwischen Washington und Beijing gewönne, ist also keinesfalls ausgemacht.

Nebenbei: Das Beispiel Soja zeigt, dass die Strafzölle für Washington auch unmittelbar außenpolitische Kollateralschäden mit sich bringen könnten. Am Rande der IWF-Frühjahrstagung wies Paraguays Zentralbankchef Carlos Fernández Valdovinos darauf hin, dass Paraguay, Brasilien und Argentinien – große Sojaproduzenten – die US-Lieferungen an China problemlos ersetzen könnten, sollten diese durch Zölle verteuert werden. Das könnte letztlich die Bindungen zwischen China und Südamerika weiter stärken und den Einfluss der Ver-

einigten Staaten in ihrem traditionellen »Hinterhof« schwächen. Neu wäre eine solche Entwicklung allerdings nicht: Trump hat bereits mit seinen Drohungen gegen Lateinamerika die Staaten des südamerikanischen Staatenbundes Mercosur zu intensiveren Bemühungen um Freihandel mit der EU getrieben. Harte Alleingänge gehen eben machtpolitisch zuweilen nach hinten los.

Doch selbst wenn Mnuchin nach Beijing reisen und über eine Beilegung des Handelskonflikts Gespräche führen sollte: Washington wird seine Offensive gegen Beijing weiterführen. »Die ganze Welt« müsse Druck auf die Volksrepublik ausüben, damit diese sich den Forderungen des Westens nach einer weiteren Öffnung ihrer Wirtschaft füge, verlangte in der vergangenen Woche Kevin Hassett, der Vorsitzende des Council of Economic Advisers im Weißen Haus. Mark Calabria, Chefökonom von Vizepräsident Mike Pence, wetterte ebenfalls, China müsse sich endlich in eine ganz reguläre Marktwirtschaft transformieren.

Auf der IWF-Frühjahrstagung hat Finanzminister Mnuchin nun einen weiteren Vorstoß gestartet, der unmittelbar auf das zentrale strategische Großvorhaben der chinesischen

Außenwirtschaft und Außenpolitik zielt – auf die sogenannte Neue Seidenstraße. Mnuchin knüpft daran an, dass Beijing für die vielen Infrastrukturvorhaben im Rahmen des Seidenstraßen-Projekts zahlreiche Kredite vergeben hat. Diese bieten nicht nur Anlagemöglichkeiten für chinesisches Kapital; sie weiten aufgrund der aus ihnen entstehenden Abhängigkeiten vor allem auch Chinas Einfluss aus – eine Tatsache, die die westlichen Staaten aus ihrer eigenen internationalen Kreditvergabepraxis bestens kennen. Beijings steigenden Einfluss im Blick, macht Washington jetzt Druck: Man habe damit zu rechnen, dass diverse chinesische Darlehen nicht tragfähig seien, behauptete Mnuchin am Wochenende auf der IWF-Frühjahrstagung; das drohe sich, erklärte er ungewohnt sensibel, zum Nachteil für die verschuldeten Länder und vielleicht gar für die Weltwirtschaft zu entwickeln. Deshalb müsse der Währungsfonds einschreiten und zunächst wenigstens »Transparenz« bei den von China vergebenen Auslandsdarlehen schaffen. IWF-Chefin Lagarde schloss sich der US-Forderung prompt an. Von Washingtons neuem Mitgefühl wird man, soweit es gegen China geht, wohl noch öfter hören.

## Hintergrund Griechenland: IWF für Schuldenerlass

Gescheitert ist am Rande der IWF-Frühjahrstagung der abermalige Versuch, eine Einigung zwischen dem Währungsfonds und der EU über neue Schuldenerleichterungen für Griechenland zu erzielen. Das jüngste sogenannte Hilfsprogramm für Athen, das an scharfe politische Kontrollen der EU gebunden ist, läuft im August aus. Die Regierung Tsipras hat alles darangesetzt, die letztlich von Berlin oktroyierte Austeritätspolitik zu verwirklichen, um nach dem Ende des Programms endlich wieder eine eigenständige, von Brüsseler Aufsicht freie Politik formulieren zu können. Allerdings ist unklar, wie Athen auf Dauer seine Schuldenlast bewältigen soll, die durch die glorreichen EU-Krisendiktate von etwa 127 Prozent im Jahr 2009 auf annähernd 180 Prozent im Jahr 2017 in die Höhe getrieben worden ist. Ohne weitere Schuldenerleichterungen wird Griechenland es kaum schaffen; diese Auffassung vertritt jedenfalls der IWF.

Der Währungsfonds besteht deshalb weiterhin darauf, Athen einen umfassenden Schuldenerlass zu gewähren. Von einem solchen hat er bereits seine Beteiligung am aktuellen »Hilfsprogramm« abhängig gemacht – und da die EU sich diesen Forderung auf Druck Berlins beharrlich verweigert, hält der IWF bis heute einen 1,6 Milliarden Euro hohen, für das Programm vorgesehenen Beitrag zurück. Die Europäische Union, die das Geld natürlich gern nutzen würde, hat nun am Rande der IWF-Frühjahrstagung über Möglichkeiten der Schuldenerleichterung diskutiert, besteht jedoch darauf, sie erneut mit formeller Aufsicht über die Athener Regierungspolitik, also mit einer weiteren Knebelung der Regierung Tsipras, zu verknüpfen. Dieses Ansinnen wiederum weist nun der IWF – bisher jedenfalls – zurück. Eine Einigung lässt also weiter auf sich warten.

Immerhin ist nach den Gesprächen in Washington die Frage geklärt, ob es in Sachen Griechenland einen Unterschied zwischen einem CDU- und einem SPD-Finanzminister gibt. Es gibt ihn. Zwar gilt inhaltlich – so hat es die Wirtschaftswoche formuliert: »Scholz ist wie Schäuble.« Doch spreche Scholz, schreibt das Blatt, ein deutlich besseres Englisch – und er sei »netter«. (jk)

## Konkurrent China: Kapitalaufstockung in Milliardenhöhe: Weltbank soll künftig deutlich mehr Kredite gewähren können

Die 189 Mitgliedstaaten der Weltbank haben sich am Samstag auf der mit dem Internationalen Währungsfonds gemeinsam veranstalteten Frühjahrstagung in Washington auf eine Kapitalaufstockung um 13 Milliarden US-Dollar geeinigt. Sie reagieren damit auf den globalen Einflussgewinn der Volksrepublik China – in mehrfacher Hinsicht.

Ziel ist, dass die Weltbank künftig deutlich mehr Kredite genehmigen kann. Belieften sich die Darlehen, die sie im vergangenen Jahr gewährte, auf insgesamt rund 59 Milliarden

US-Dollar, so soll das Kreditvolumen schon 2019 auf rund 80 Milliarden US-Dollar steigen und bis 2030 auf gut 100 Milliarden US-Dollar jährlich angehoben werden.

Damit stärkt die Weltbank ihre Position in der Konkurrenz mit China, das seinerseits über seine Banken Darlehen an Entwicklungsländer vergibt und darüber hinaus mit der vor etwas mehr als zwei Jahren eröffneten Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) ein weiteres Finanzierungsinstrument geschaffen hat, von dem auch ärmere Staaten profitieren. Die wachsende Bedeutung der Volksrepublik in der

Kreditvergabe an Entwicklungsländer, die mit Einflussgewinnen für Beijing verbunden ist, macht dem Westen schon seit Jahren Sorge. Bereits 2011 vermerkte die *Financial Times* kritisch, die China Development Bank und die Export-Import-Bank von China hätten in den Jahren 2009 und 2010 erstmals eine höhere Kreditsumme bewilligt (110 Milliarden US-Dollar) als die Weltbank (100 Milliarden US-Dollar).

Die Absicht, Chinas Rolle zurückzudrängen, dürfte für Washington den Ausschlag gegeben haben, seine bisherige Blockade einzustellen und

der Kapitalaufstockung zuzustimmen. Die US-Administration hatte den Schritt lange blockiert, weil mit ihm auch der Einfluss der Volksrepublik auf die internationalen Finanzinstitutionen wächst. So wird sich Chinas Anteil an der International Bank for Reconstruction and Development (IBRD), dem eigentlichen Kern der Weltbank-Gruppe, mit der zum 1. Juli wirksam werdenden Kapitalaufstockung von 4,68 Prozent auf 6,01 Prozent erhöhen. Gleichzeitig sinkt der US-Anteil an der IBRD – und damit faktisch an der Weltbank – von 16,89 Prozent auf 16,77 Prozent. Auch

der Anteil Japans geht zurück – von 7,27 Prozent auf 7,20 Prozent –, während derjenige Deutschlands minimal steigt – von 4,24 Prozent auf 4,27 Prozent. Allerdings behalten die Vereinigten Staaten nicht nur ihr Vetorecht; sie haben sich darüber hinaus ausbedungen, die Kreditvergaberegeln zu ändern. Demnach werden in Zukunft wohlhabende Schwellenländer – faktisch geht es um China – nicht mehr so günstig an Weltbank-Kredite kommen, während ärmere Staaten bessere Bedingungen erhalten, um sie aus Kreditgeschäften mit China zu lösen. **Jörg Kronauer**